

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 78. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 9. September 2004

**1. Abgeordnete
Marianne Grosse und
Franz Schwarz (SPD)**

Aktuelle Ausbildungsplatzsituation in Rheinland-Pfalz und weitere Anstrengungen zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes

DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun sprach im August des Jahres davon, dass der Ausbildungspakt der Bundesregierung mit der Wirtschaft bereits erste Wirkung zeige. Im Juni 2001 hatte die Bundesregierung mit der Wirtschaft einen „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ abgeschlossen. Dennoch rechnet der DIHK auch zu Beginn des diesjährigen Ausbildungsjahres noch bundesweit mit etwa 20 000 unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen um einen Ausbildungsplatz. Im vergangenen Jahr konnten in Rheinland-Pfalz mehr Ausbildungsverträge als im Vorjahr abgeschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Initiativen zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes in Rheinland-Pfalz sind seit dem Abschluss des „Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ vom „Ovalen Tisch“ des Ministerpräsidenten in die Wege geleitet worden?
2. Welche weiteren Maßnahmen und Angebote sind nach Kenntnis der Landesregierung durch die Wirtschaft aktuell geplant, um das Ausbildungsplatzangebot in Rheinland-Pfalz weiter zu verbessern?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Relation von Bewerbern und Bewerberinnen zu gemeldeten Ausbildungsstellen in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Bundesdurchschnitt?
4. Wie schätzt die Landesregierung die Ausbildungsplatzsituation für benachteiligte Jugendliche ein?

**2. Abgeordnete
Christine Schneider und
Michael Billen (CDU)**

Haltung der Landesregierung zum Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts

Das vom Bundestag mit der Mehrheit der rot-grünen Regierungsfractionen beschlossene Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts verstößt nach Auffassung der Europäischen Kommission mehrfach gegen das Recht der Europäischen Union, vor allem gegen die Richtlinie 2001/18/EG.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen wird das Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts im Falle des In-Kraft-Tretens auf das Land Rheinland-Pfalz haben?
2. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass das vom Bundestag beschlossene Gesetz ein folgenschweres Innovationshemmnis darstellt und einem praktischen Ausstieg aus der Agrarbiotechnologie gleichkommt?
3. Welche Haltung wird die Landesregierung im Verlauf der anstehenden Beratungen des Bundesrates zum Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikgesetzes einnehmen?

**3. Abgeordneter
Nils Wiechmann**

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sind rheinland-pfälzische Mädchen dümmer als Jungen? – Schülerinnen und Schüler an Schulen für Hochbegabtenförderung/Internationale Schulen

Bei der Novellierung des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes (in Kraft getreten am 1. August 2004) wurden u. a. folgende zwei Formulierungen neu in das Gesetz aufgenommen: In Paragraph 1 „Auftrag der Schule“ wurden in Absatz 2 nach dem einführenden Halbsatz „in Erfüllung ihres Auftrags erzieht die Schule“ die Worte „zur Gleichberechtigung von Frau und Mann“ eingefügt. Absatz 4 erhielt folgende vollständig neue Fassung: „Bei der Gestaltung des Schulwesens ist darauf zu achten, dass die Beteiligten die Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Planung, der Durchführung und der Bewertung aller Maßnahmen von Anfang an in allen Bereichen und auf allen Ebenen einbeziehen (Gender Mainstreaming)“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele hoch begabte Schülerinnen und Schüler werden mit dem Schuljahresbeginn für das Schuljahr 2004/2005 in den einzelnen Schulen für Hochbegabtenförderung/Internationale Schulen in Rheinland-Pfalz unterrichtet (bitte nach den einzelnen Schulen, Klassenstufen, Herkunftsländern [Bundesländern, Staaten] und nach Geschlecht aufschlüsseln)?
2. Wie viele Bewerbungen lagen für die Schulen für Hochbegabtenförderung/Internationale Schulen für das Schuljahr 2004/2005 vor (bitte nach den einzelnen Schulen, Herkunftsländern [Bundesländern, Staaten] und nach Geschlecht aufschlüsseln)?
3. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um den oben genannten Auftrag des Schulgesetzes in Bezug auf die Zusammensetzung der Schülerschaft der Schulen für Hochbegabtenförderung/Internationale Schulen in Zukunft zu erfüllen?
4. Wie erklärt sich die Landesregierung die Tatsache, dass die Aufnahmekapazitäten der Schulen für Hochbegabtenförderung/Internationale Schulen nicht ausgeschöpft werden konnten?

**4. Abgeordneter
Michael Hörter (CDU)**

Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK)

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und des Rechtsfriedens stellt insbesondere die Bekämpfung von schwerer und schwerstkrimineller eine wesentliche Staatsaufgabe dar. Seit circa 15 Jahren nehmen Polizei und Justiz bundesweit diesen bedeutenden Repressionsauftrag intensiviert wahr und führen auch statistische Dateien. Justizminister Mertin hat hierzu der Öffentlichkeit am 27. August 2004 die Landesstatistik 2002/2003 vorgestellt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie stellt sich die Anzahl der zur OK-Bekämpfung eingesetzten Fachermittler der Polizei und Staatsanwälte in den letzten fünf Jahren dar?
2. Wie viele Tatverdächtige gab es in den einzelnen für 2002 und 2003 ausgewiesenen Tatkomplexen und wie viele Taten wurden ihnen jeweils zugeordnet?
3. Wie viele Verfahren aus den OK-Komplexen wurden in den letzten beiden Jahren welcher Erledigung mit welchem Ergebnis zugeführt?
4. Welche Taten wurden den nicht deutschen Tatverdächtigen zur Last gelegt und was war ihr jeweiliger Aufenthaltsstatus?

5. Abgeordneter**Jürgen Creutzmann (FDP)****Stromausfall in der Region Trier**

Am 2. September 2004 ereignete sich in der Region Trier ein totaler Stromausfall für etwa 200 000 Haushalte und Betriebe. Die Ursache des Stromausfalls ist offenbar noch nicht völlig aufgeklärt; es entstand ein noch nicht bezifferter Schaden in Millionenhöhe.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Ursachen des Stromausfalls sind der Landesregierung bislang bekannt?
2. Bestand wegen des Stromausfalls die Möglichkeit, Notrufnummern wie Polizei und Feuerwehr anzurufen? Wenn ja, wie wurde dies erreicht? Wenn nein, wie kann das in Zukunft bei Stromausfällen sichergestellt werden?
3. Sind die Investitionen der Stromwirtschaft für Netzerweiterung und Vorkehrungen gegen großflächigen Stromausfall nach Einschätzung der Landesregierung ausreichend?
4. Hält die Landesregierung die Begrenzung der Haftungshöhe pro betroffenem Verbraucher auf 2500 Euro für ausreichend?

6. Abgeordnete**Elke Kiltz****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Haltung der Landesregierung zur Novelle des Fluglärmsgesetzes**

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat den Entwurf eines neuen Fluglärmsgesetzes vorgelegt; in Kürze findet die Anhörung der Verbände statt.

Nach Berechnung des BUND würde die Umsetzung der im derzeitigen Gesetzentwurf vorgesehenen Grenzwerte keineswegs die von den Flughafenbetreibern reklamierte nicht tragbare Kostenbelastung verursachen, sondern lediglich eine durchschnittliche Preiserhöhung um ca. 70 Cent pro Flugticket.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Regelungen des derzeit gültigen Fluglärmsgesetzes hält die Landesregierung für verbesserungswürdig?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den vorliegenden Entwurf und welche Änderungen sollten ihrer Auffassung nach vorgenommen werden?
3. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Umweltverbandes Robin Wood, dass insbesondere mit Blick auf die Ausbaudiskussion in und um Frankfurt im künftigen Fluglärmsgesetz eine verbindliche Rechtsgrundlage für ein Nachtflugverbot verankert werden sollte?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Verkehrsclubs Deutschland, dass im künftigen Fluglärmsgesetz Immissionsschutzgrenzwerte vorgeschrieben werden sollten, die nicht ohne aktive Lärmschutzmaßnahmen der Flughafenbetreiber umzusetzen sind?

7. Abgeordnete**Ulla Brede-Hoffmann****(SPD)****Start in das Schuljahr 2004/2005**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Tendenzen zeichnen sich für das begonnene Schuljahr bezüglich der Unterrichtsversorgung ab?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die konkrete Umsetzung der Neuregelungen im Schulgesetz im begonnenen Schuljahr?
3. Wie entwickelt sich besonders das erweiterte Fremdsprachenangebot in den Grundschulen?

**8. Abgeordneter
Franz Schwarz (SPD)****Mehr Handwerksbetriebe in Rheinland-Pfalz**

Presseberichten zufolge ist die Zahl der Handwerksbetriebe im ersten Halbjahr 2004 deutlich angestiegen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Entwicklung der Handwerksbetriebe in Rheinland-Pfalz im Jahr 2004?
2. In welchen Handwerksbereichen gab es besonders viele Neugründungen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Neugründungen vor dem Hintergrund der Novellierung der Handwerksordnung zum 1. Januar 2004?

**9. Abgeordneter
Walter Wirz (CDU)****Instandhaltungsaufwendungen und Zustand der Bundesfernstraßen in Rheinland-Pfalz**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Aufwendungen zur Instandhaltung und Instandsetzung des bestehenden Netzes der Bundesstraßen und Bundesautobahnen in Rheinland-Pfalz wurden in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 und in den ersten acht Monaten des Jahres 2004 geleistet?
2. Welcher Anteil der Bundesstraßen und Bundesautobahnen in Rheinland-Pfalz bzw. welche Streckenabschnitte sind nach den Maßstäben des LSV-Gutachtens zur Ermittlung des Erhaltungs- und Ausbaubedarfs der Landesstraßen aus dem Jahr 2003 in die Zustandskategorien „ungenügend“, „kritisch“ und „noch ausreichend“ einzustufen?
3. Welche Aufwendungen wären erforderlich, um die „ungenügenden“ bis „noch ausreichenden“ Streckenabschnitte in einen „guten“ Zustand zu versetzen?
4. Ist der Landesregierung bekannt, ob die Bundesregierung bereit und in der Lage ist, in den kommenden Jahren ausreichende Mittel bereitzustellen, um die Bundesstraßen und Bundesautobahnen in Rheinland-Pfalz in absehbarer Zeit in einen insgesamt guten Zustand zu versetzen?

**10. Abgeordnete
Elke Kiltz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Konsequenzen der Landesregierung aus den Urteilen des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Koblenz zu den Fleischbeschaugebühren in Rheinland-Pfalz**

Laut Bericht der „RHEINPFALZ“ vom 3. September 2004 hat das OVG Koblenz in fünf gleichlautenden Urteilen entschieden, dass die Fleischbeschaugebühren in Rheinland-Pfalz in der derzeitigen Form neu geregelt werden müssen, weil sie gegen EU-Recht verstoßen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen wird die Landesregierung aus den Urteilen ziehen?
2. Rechnet die Landesregierung mit Rückzahlungsforderungen durch die Kläger, wenn ja, in welcher Höhe?
3. Welche zukünftigen finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt des Umweltministeriums werden die Urteile haben?